

Kurzbericht

Workshop „Regionale Bündnisse für gemeinsames Handeln – Zur Bedeutung von Community Organizing in ländlichen Räumen“

03./04.12.2007 in Eggersdorf bei Berlin



Veranstalter:
Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) der TU Berlin
Kreis-Kinder- und Jugendring Märkisch-Oderland e.V. (KKJR)



gefördert durch die VolkswagenStiftung



**Regionale Bündnisse für gemeinsames Handeln –
zur Bedeutung von Community Organizing in ländlichen Räumen
03./04.12.2007 in Eggersdorf bei Berlin**

Programm

Montag, 03.12.2007

- 12:00 Ankunft/ Mittagsimbiss
- 13:00 **Begrüßung/ Einführung:**
Community Organizing als Werthaltung, Ziel und
Methode: Eindrücke eines Praxisaufenthalts in
Chicago/Illinois (*Dr. Ulrike Schumacher, KKJR MOL
e.V.*)
- 13:45 – 14:25 **Übersetzung und Erfahrungsberichte in Märkisch-
Oderland:**
Neuland betreten und Bestehendes bewahren –
Erfahrungen bei der Übertragung us-amerikanischer
Methoden (*Steffen Adam, Netzwerkstelle MOL/ KKJR
MOL e.V.*)
- 14:25 – 14:40 kleine Kaffeepause
- 14:40 – 15:15 Weiterentwicklung eines regionalen Netzwerks –
Ansatzpunkte, Instrumente, Effekte (*Dr. Ulrike Schumacher,
KKJR MOL e.V.*)
- 15:15 – 15:40 große Kaffeepause
- 15:40 – 17:30 **Kaffeehausgespräche** z.B. zu den Themen
Vertrauen und Kooperation in Netzwerken / Nutzen eines
regionalen Bündnisses aus Sicht eines Mitglieds /
Verhältnis gemeinnütziger Träger zu Politik und
Verwaltung: Bettler oder Partner?
- 18:00 Abendessen
- 19:00 **offener Vortrag:** Der „myself e.V. zur gegenseitigen
Förderung am Arbeitsmarkt“ - Selbsthilfe
Erwerbsloser entwickelt aus Bürgerinitiative und
Community Organizing (*Dr. Walter Häcker, myself e.V.
Stuttgart*)

Dienstag, 04.12.2007

9:00 – 11:15

Forum 1

Zur praktischen Umsetzung in den Regionen: Arbeitsfelder der TeilnehmerInnen; Ziele, Ideen und Übertragungsmöglichkeiten

Forum 2

Vertiefende Diskussion von Instrumenten und Herangehensweisen des Community Organizing

dazwischen:

10:15

Kaffeepause

11:30 – 12:00

Kurzberichte aus den Foren

Schlussdiskussion / Verabredungen / Seminarbewertung

12:00

Mittagessen

12:30

Ende der Veranstaltung

Im Folgenden werden die Diskussionen im Hinblick auf die Anpassung von Community Organizing an ländliche Räume gebündelt. Weitere Ergebnisse zur Übertragbarkeit sind dargestellt im Schlussbericht des Projekts „Demokratie und Gemeinsinn stärken“ (Schumacher 2008).

1. Nutzen regionaler Bündnisse

Der Nutzen eines regionalen Bündnisses oder Netzwerks wird darin gesehen, dass Interessen gebündelt werden können und sich die Chancen auf die Realisierung von Zielen erhöhen. Durch soziale Integration wird Selbstbehauptung, trotz globalem Konkurrenzkampf, möglich. Allerdings müsse man zuerst wissen, was man tun will, um dann die geeignete Form zu finden. Sinn und Aufgaben eines Bündnisses müssen geklärt sein, und gemeinsam sollte nach Fallstricken gesucht werden.

Der Nutzen eines Bündnisses erhöht sich durch eine professionelle Rollenverteilung, und das Produkt des Prozesses ist entscheidend. Ein Teilnehmer schildert die Erfahrung, dass oft „die Denke“ in Netzwerken „verseucht“ sei. Da zudem der Begriff überstrapaziert sei, sollte man besser von Verbündeten reden und mit denen agieren. Der Vorteil einer loseren Bindung sei, institutionell und ideologisch freier zu sein.

Bezogen auf Community Organizing sei letztlich entscheidend, was damit bewegt wird und bewegt werden kann. Das wichtigste Instrument sind Gespräche mit den Menschen – gefragt wurde, was in diesen mit den Menschen passiert oder ausgelöst wird.

2. Regionale Ausgangslagen

Gegenseitigkeit und Konkurrenz

Aus Sicht der Teilnehmer/innen ist die gegenseitige Hilfe wichtiges Merkmal eines Bündnisses: „Mal helfe ich Euch, mal helft Ihr mir“, „das Geben und Nehmen muss stimmen“. Man erhofft sich von der Mitwirkung in einem Bündnis neue Impulse, möchte die Ressourcen erhöhen und andere Erfahrungen nutzen.

Im Community Organizing ist es charakteristisch, dass ein Bündnis über die Einzelinteressen seiner Mitglieder hinauswächst und sich als Kollektiv um gemeinsame Themen herum bewegt – gleichzeitig sind die jeweiligen Interessen der Ausgangspunkt der Mitwirkung und werden als solche anerkannt.

Derzeit prägen Konkurrenzsituationen und der Kampf um Mittel die Arbeitssituation einiger Teilnehmer/innen. Hierzu gehören Erfahrungen wie Enttäuschungen durch Projektklau, persönliche Abneigungen und Misstrauen, Konkurrenzbefürchtungen und Egoismen. Voraussetzung eines Bündnisses im Sinne des CO wäre, dass solche Vorbehalte überwunden werden können:

Interne Chemie und emotionale Voraussetzungen

Was sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bündnisarbeit? Es bräuchte eine „Chemie“, die anders funktioniert, mit anderen Kooperationsformen, und dazu

Fehlerfreundlichkeit. Menschliche Reife ist notwendig, um Andersdenkende ertragen zu können. Aushandlungs- und Verständigungsprozesse können die perspektivische Vielfalt integrieren und nutzbar machen. Eine Methodenvielfalt sollte dahin führen, dass Sprachlose und Wortgewandte sich gleichberechtigt einbringen können. Eine Teilnehmerin führte eine neue Perspektive auf den „Zustand“ der Landschaft ein: In einigen ostdeutschen Landschaften nehme sie Traurigkeit und emotionale Verletzungen wahr, weshalb eine emotionale Kulturentwicklung notwendig sei. Wie kann es möglich werden, so eine zentrale Frage des Workshops, dass Menschen miteinander im Prozess des Community Organizing wachsen? Und welche Rolle spielen Werte dabei?



Zwiespältiges Verhältnis zu Politik und Verwaltung

Einerseits wird es als Ziel angesehen, „Politik und Verwaltung mit im Boot zu haben“, taktische Bündnisse mit ihnen einzugehen und das jeweilige Problem auch zu ihrem Problem/ Ziel zu machen. Andererseits wurde auch die Einschätzung vertreten, dass sie „nicht zu gebrauchen seien“, was allerdings stark von den regionalen Bedingungen und auch Personen abhängig sei. Aufgrund einer starken Abhängigkeit von öffentlichen Geldern sei es in der Praxis so, dass „wer bezahlt, bestimmt“, was gemacht wird.

Negative Erfahrungen im Verhältnis zur Verwaltung wurden so beschrieben: Sie grenze sich von den Bürger/innen ab, poche auf Zuständigkeit und Fachwissen, Regeln und Haftungsfragen, unterstelle den Bürger/innen, etwas „kaputt“ oder „alles falsch“ zu machen. Verständnislosigkeit prägte das Verhältnis.

Stolpersteine

Stolpersteine oder Befürchtungen gegenüber Bündnissen werden darin gesehen, möglicherweise „untergebuttert“ zu werden. Ein weiteres Problem könne sein, dass viel geredet wird, aber wenig Aktivitäten folgen. Auch bestehe die Gefahr des „sich-Verzetteln“. In der Praxis sei es oft so, dass Formalien und Bürokratie das Engagement hemmen. Auch wurde ein Zusammenhang zwischen der Desorientierung vieler Menschen

und ihrer Zurückhaltung in öffentlichen Belangen hergestellt.



3. Aspekte der Anpassung von CO an ländliche Räume

Entstehung und Initiierung

Erörtert wurde, inwieweit Community Organizing „von unten“ oder „von außen“ kommen und entstehen könne, und welche Rolle der/die Organizer/in dabei spiele. Die Praxis in den USA zeigt, dass CO auf den unterschiedlichsten Wegen entstehen kann: durch die persönliche Entscheidung einer Einzelperson, in einem Gebiet zu wirken oder durch eine Organisation (z.B. Kirchengemeinde), die einen solchen Prozess mit der Anstellung eines/einer Organizer/in initiiert.

Ländliche Beziehungen

Ein Unterschied zwischen Stadt und Land wurde darin gesehen, dass sich Entscheidungsträger und Bewohner auf dem Lande eher kennen und dass Probleme unter Umständen auch samstags am Gartenzaun vorgetragen werden. Man habe eher ein Bewusstsein dafür, dass man langfristig miteinander auskommen müsse und sich „im Leben immer zweimal trifft“. Dies sei jedoch nicht gleichbedeutend damit, sich *nicht* für seine Interessen einzusetzen. Besondere Bedeutung wurde der Kommunikation zwischen Jugend und Politik beigemessen; so machen z.B. Jugendliche einen positiven Eindruck, wenn sie sich im Gemeinderat einfinden und ihre Anliegen vorbringen. Eine in der Verwaltung tätige Teilnehmerin fordert Jugendliche dementsprechend auf, „sich nicht beiseite schieben zu lassen“.

Es wurde das Verhältnis von Autorität und emanzipativem Anspruch im Organizing diskutiert. Als eine mögliche Schwierigkeit wird die traditionelle Autorität lokaler Größen, wie z.B. des Pfarrers, gesehen. Eine Teilnehmerin schildert aus ihrem Heimatdorf die Erfahrung, dass dort bei vielen Bewohner/innen noch gelte und befolgt werde, was der Pfarrer von der Kanzel sagt. Wenn nun der Pfarrer als lokale Führungsperson angeregt

werde, die Bürger/innen zu mobilisieren und zu einer Versammlung aufzurufen – entspräche das dem Ziel der Stärkung der Menschen und ihrem eigenen Willen? Solche Bedenken kommen nicht auf, wenn eine breite Basis, mit verschiedenen im Ort vorhandenen Bezugsgruppen zusammen arbeitet. Dies ist beim CO in größeren Stadtteilen leichter zu erreichen als im Dorf. Kritisch wurde der Begriff „Bürgerplattform“ gesehen, da er sehr voraussetzungsvoll sei – man sollte besser von Menschen sprechen.

Eigene Gelder?

Wie finanzieren sich Bürgerbündnisse in den USA? Die übliche Praxis sind Mitgliedsbeiträge der beteiligten Organisationen, die nach Finanzkraft gestaffelt sein können. In der Regel werden sie für die Anstellung hauptamtlicher Organizer/innen verwendet. In der Diskussion wurden unterschiedliche Erwartungshaltungen in Deutschland und den USA ausgemacht: Dort gibt man das Geld unter der Prämisse: „Zeig mir, wie es geht, und wie ich selbst es lernen und besser machen kann“. In Deutschland sei mit der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen eher die Einstellung verbunden: „Nun mach Du es für mich“. In diesem Unterschied drückt sich nach Ansicht einer Teilnehmerin auch ein engeres Bildungsverständnis in Deutschland aus.



Fundraising, so wurde diskutiert, wird hierzulande noch oft als „Bettelei“ aufgefasst und nicht ernsthaft als Finanzierungsmöglichkeit erwogen. Wäre das (Selbst)bewusstsein stärker, dass man beim Spendensammeln für ein wichtiges Anliegen des Gemeinwesens unterwegs ist, könnte mehr Geld erwirtschaftet werden. Erfahrungen in den USA, aber auch in Mittel- und Osteuropa zeigen, dass überschaubare und konkrete Pläne für das lokale Umfeld die Menschen zum Spenden anregen und mehr Ertrag als erwartet bringen können.

4. Bezugspunkte in der Arbeitssituation der Teilnehmer/innen – drei Beispiele

Nachdem allgemeine Prinzipien des Community Organizing behandelt worden waren, bot der Workshop Gelegenheit, eine Anpassung an die eigene Arbeitssituation zu prüfen. Hierzu folgen nun drei Beispiele.

4.1 Erstellung und Umsetzung eines Dorfentwicklungsplans

In einem Dorf soll ein Dorfentwicklungsplan (DEP) entstehen, in den Menschen einbezogen werden, die nicht im Gemeinderat aktiv sind. Mittels einer Befragung, öffentlich veranstalteter Salons und Dorffeste soll die Situation analysiert werden. Dabei ist zu klären: Wie ist die Bereitschaft zur Mitarbeit im Dorf und welches sind die Schlüsselspieler? Die Bevölkerung soll über die Idee des Dorfentwicklungsplans entscheiden, und von einer Arbeitsgruppe wird ein Meilensteinplan erarbeitet. Es soll nicht am Gemeinderat vorbei agiert werden. Mit Beginn der Umsetzung soll es monatliche Treffen der AG geben, um den neuesten Stand zu erarbeiten. Veranstaltungen und Feste sollen der Stärkung des Gemeinwesens dienen.

Soweit zur Planung. Probleme in der Umsetzung bestehen darin, dass der Bürgermeister das Vorhaben nicht unterstützt und der Initiator offensichtlich (in erster Linie) Privatinteressen verfolgt. Feindseligkeiten - „wenn der mitmacht, mache ich nicht mit“ - und Widerstand gegen Fremdbestimmung - „ich lasse mir nichts vorschreiben“ - behindern momentan eine breitere Teilnahme. Die Positionen sind durch „Etablierte“ und „Außenseiter“ bestimmt. Es stellen sich außerdem die Fragen: Wer bezahlt den Prozess und wie ist das Verhältnis zu öffentlich geförderten, regionalen Entwicklungsprogrammen (ILEK, Integrierte Ländliche Entwicklung)?

Aus Sicht des Community Organizing wären folgende Schritte zu empfehlen:

- durch einen breit angelegten „Zuhör“-Prozess die Interessen der Bewohner/innen erfassen, sie über das Vorhaben informieren und zur Mitwirkung einladen
- dadurch „ganz normale Bürger“ und jenseits der Etablierten neue Akteure einbeziehen
- durch die Gespräche untereinander die Interessen und Sichtweisen des Gegenübers kennenlernen
- auf dieser Grundlage Vorbehalte abbauen und übergeordnete, gemeinsame Ziele erkennen
- Lösungsschritte erarbeiten
- themenspezifische Komitees bilden, um die Schritte umzusetzen

4.2 Sensibilisierung und Stärkung Jugendlicher als gesellschaftliche Akteure

Im zweiten Beispiel soll in einer 26.000 Einwohner zählenden Stadt eine möglichst große Zahl von Jugendlichen dafür sensibilisiert werden, dass ihre sozialen Probleme gesellschaftlichen Ursprungs sind. Es soll ein Bewusstsein gestärkt werden, dass gemeinsames Handeln die Lösung ist (sein kann) (Bildung eines „Sozialrats“). Informationen sollen gesammelt, das Zielgebiet und die Zielgruppe eingeschränkt werden. Das zentrale Thema - dies könnten die U25-Regelungen der Hartz-IV-Gesetze sein - soll festgelegt werden. Lokale Ansprechpartner sind einzuschätzen und zu kontaktieren. Die Idee soll verbreitet, lokale Handlungsmöglichkeiten festgelegt und das Thema mit anderen Themen verbunden werden, z.B. Wohnungsprobleme von jungen Menschen. Mit einer Aktion (Flugblatt) soll darauf hingewirkt werden, dass ein lokales Wohnungsunternehmen seine Spielräume stärker im Interesse der Jugendlichen nutzt. Die Aktion soll ausgewertet werden, daraus ergeben sich neue Aktivitäten von neuen, „total selbstbewussten“ gesellschaftlichen Akteuren.

In den folgenden Punkten entspricht das Vorhaben gängigen Prinzipien des Community Organizing:

- Youth Organizing
- Kreislauf von Recherche, Aktion, Evaluation:
- Hintergrundanalyse zur Klärung der eigenen Argumentation
- Kampagne mit Forderungen an einen Entscheidungsträger
- Lernen und Stärkung durch das Tun



4.3 Sicherstellung ärztlicher Versorgung?

Eine Teilnehmerin berichtet von der Schwierigkeit, einen Arzt in ihrem Verwaltungsbereich, einer Kleinstadt im dünn besiedelten Raum nahe der polnischen

Grenze, anzusiedeln, obwohl eine gute Infrastruktur bereit gestellt wird (Ärztehaus). Sie fragt sich, ob mit Mitteln des CO dieses Problem gelöst werden könnte? Lassen sich genug lokale Schlüsselpersonen überzeugen, einen solchen neuen Weg zu gehen und würden sie in das Experiment auch investieren, z.B. in die Anstellung einer hauptamtlichen Kraft?

Aus Sicht des Community Organizing wären im Vorfeld die folgenden Fragen zu klären:

- Gibt es eine realistische (lokale) Lösung für das Problem oder sind die Adressaten vielmehr auf Bundesebene zu verorten (Regierung und Ministerien, Gesundheitsreform)?
- Steht dieses eine Thema - die Sicherung ärztlicher Versorgung - im Vordergrund oder ist es mit anderen verbunden, die ebenfalls angegangen, thematisiert, gelöst werden können?
- Soll das Organizing maßgeblich durch den/die Organizer/in erfolgen oder ist angestrebt, möglichst viele Personen aktiv einzubeziehen?
- Was wäre das konkrete Ziel, wenn viele Personen mobilisiert werden? Sind Erfolgserlebnisse für die Menschen möglich?



Eindrücke von Teilnehmer/innen:

„Für mich war Community Organizing Neuland. Durch den Workshop habe ich also viel Neues erfahren. Das Gehörte muss ich jetzt erst einmal für mich aufarbeiten.“

„Ich möchte mich auf diesem Weg für die interessanten Informationen und Gespräche am Montag und Dienstag bedanken. Im Nachgang hat sich meine Einstellung, etwas in Richtung CO zu versuchen gefestigt. Ich bin also diesbezüglich aufnahmefähig wie ein trockener Schwamm, soweit man das von einem etwas älteren Gehirn noch behaupten kann.“